

Aussichten

Opportunismus macht unglaublich

Neuseeland ist schlimm, ganz schlimm. So schlimm, dass die Schweiz mit diesem Staat – so sieht es jedenfalls momentan aus – keinen automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten pflegen will. Ich habe das gelesen und mich gefragt: Ja, was habe ich denn da verpasst. Eben noch ist ein Bekannter hellbegeistert dorthin ausgewandert – in einen Staat, der nun mit Saudi-Arabien (dazu später etwas) auf gleiche Stufe gestellt wird. So sah es jedenfalls der Nationalrat in der Herbstsession.

Schauen wir uns zunächst Neuseeland an: Im Korruptionsindex von Transparency International (2016) war Neuseeland auf Rang 2 (nach Dänemark und vor der Schweiz). Neuseeland ist ein Rechtsstaat und ganz gewiss von ganz anderem guten Kaliber als etwa Russland oder Kolumbien. Was steckt also dahinter? Ein Faktum, das jedem Schweizer, der nach Neuseeland auswandert, bekannt ist: Die AHV-Renten aus der Schweiz werden von der neuseeländischen Altersrente abgezogen. Das ist in Neuseeland geltendes Recht, und wem dies nicht passt, der muss nicht dorthin ausreisen, um zu arbeiten. Diese Regelung mag stören, aber es ist vollkommen sachfremd, deswegen den sonst sehr undifferenziert gewährten automatischen Informationsaustausch zu verweigern.

Dahinter steckt zum einen offensichtlich die etwas seltsam anmutende Absicht, in Neuseeland lebende Schweizer zu schützen, die den dortigen Fiskus (und die dortige Sozialversicherung) hintergehen, indem sie die AHV-Renten nicht deklarieren, damit sie eine höhere neuseeländische Altersrente dazu erhalten, und zum anderen ein Sozialabkommen zwischen der Schweiz und Neuseeland zu erreichen, das

dieser Anrechnung ein Ende setzt. Das ist ein Schildbürgerstreich des Nationalrates, mit dem sich Parlamentarier der Lächerlichkeit preisgeben und die Schweiz letztlich vorführen: Rückgrat sieht anders aus. Immerhin: Aus Sicht der internationalen Staatengemeinschaft (G20, OECD u. a.) ist der Austausch von Bankkundendaten das richtige Mittel, um Steuerhinterziehung und Steuerbetrug in Zukunft einzudämmen.

Eine selektive Empörungskultur wird sodann gegenüber Saudi-Arabien betrieben. Auch diesem Staat wird die Qualität als Empfängerland für die Finanzinformationen abgesprochen. Der Grund liegt darin, dass dem Land Menschenrechtsverletzungen, Terrorismusfinanzierung und aggressive Aussenpolitik vorgeworfen werden. Dass Saudi-Arabien nicht sympathisch wirkt, ist eine legitime Wahrnehmung. Allerdings mangelt es der entsprechenden Schlussfolgerung bezüglich Informationsaustauschs an Kohärenz. Schauen wir uns noch die Vereinigten Arabischen Emirate an (denen liefern wir Daten, das sind also Partner). Quellen wie Amnesty International halten fest: Es gibt dort keine Wahlen nach demokratischen Prinzipien, keine Gewaltentrennung, und politische Parteien sind nicht zugelassen. Zu den bedeutendsten Menschenrechtsproblemen gehören willkürliche Verhaftungen von Andersdenkenden, Medienschaffenden und Menschenrechtsaktivisten sowie weitere Mängel des Justizregimes. Zudem liegen Berichte über Folter und Misshandlung während der Haft vor. Die Todesstrafe wird weiterhin verhängt.

Wichtige Grundrechte, welche die persönliche Freiheit betreffen, etwa die Meinungsäusserungs-, die Medien-, die Versammlungs- und die Vereinigungsfreiheit, sind übermässig eingeschränkt.

Und: Wie ist das jetzt genau mit der Beachtung der Menschenrechte in China oder in Russland oder in Mexiko?

Und die Todesstrafe? In China sind 2016 mehr Menschen hingerichtet worden als in allen anderen Ländern zusammen, und die Korruption steigt nach wie vor an. Und wie der Umgang mit Andersdenkenden ist, weiss jeder, der nicht nur Verdummungsfernsehen schaut. Die Menschenrechte werden in China nicht beachtet, und kritische Verleger oder Buchautoren verschwinden. Das Bestehen auf Meinungsäusserungsfreiheit kann dort tödlich sein.

Kai Strittmatter, ein deutscher Journalist, der in China gelebt und gearbeitet hat, hat zu diesem Land kürzlich in der «Süddeutschen Zeitung» unter dem Titel «Totale Kontrolle» einen Beitrag publiziert. China ist ein Überwachungsstaat, der nach Perfektion strebt. Man plant eine Rückkehr des Totalitarismus im digitalen Gewand, schreibt Strittmatter. Es entsteht eine Diktatur 2.0. Der Nationalrat möchte zudem, dass der Partnerstaat über zufriedenstellende Zustände bei der Korruptionsverhinderung verfügt. Ein Blick in die dafür üblichen Quellen zeigt, dass es darum in Mexiko mies bestellt ist und dass Saudi-Arabien sich wie viele Staaten im Mittelfeld befindet. Diesen ändern Staaten oder auch Mexiko aber liefert die Schweiz die Daten. Es ist mehr als ein Hohn.



Monika Roth
Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft.